

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher  
Lagerort: Rieser  
Herausgeber: Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlich bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1500.  
Strohkasse:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 90.

Montag, 18. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Vervolligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertigungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Rieser.

## Der Volksentscheid gescheitert.

### Keine Auflösung des Sächsischen Landtages.

Bei dem Volksentscheid über die Landtagsauflösung wurden von 3 664 047 Stimmberechtigten abgegeben 1 318 042 Ja-Stimmen und 53 442 Nein-Stimmen. Ungültig waren 20 770 Stimmen.

Es beteiligten sich danach am Volksentscheid 38% der Stimmberechtigten, 36% mit Ja.

Vollkommen ruhiger Verlauf.

Dresden, 18. April.

Der Volksentscheid über das von den Kommunisten eingebrachte Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtages, das von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten unterstützt wurde, ist gescheitert.

An dem Volksbegehren hatten sich bekanntlich etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Dagegen hatten die für den Volksentscheid eintretenden Parteien bei der Reichspräsidentenwahl zusammen fast 50 Prozent der Wahlberechtigten auf sich zu vereinigen vermocht. Der Ausgang des Volksentscheides mußte hiernach rein zahlenmäßig als ungewiß angesehen werden, da nach den Bestimmungen der sächsischen Verfassung ein Volksentscheid erfolgreich ist, wenn sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt, von der sich wiederum mehr als die Hälfte für den Volksentscheid aussprechen muß.

Der Wahlkampf blieb an Heftigkeit weit hinter dem Wahlkampf anlässlich der Reichspräsidentenwahl zurück. Nach den bisherigen Meldungen ist der Wahltag im ganzen Land vollkommen ruhig verlaufen.

### Blätterstimmen zum sächsischen Volksentscheid-Ausgang

Dresden. In dem Ausgang des Volksentscheides auf Auflösung des sächsischen Landtages liegen vorläufig nur die Stellungnahmen der beiden Dresdner Frühblätter vor. Die Dresdner Nachrichten weisen unter der Überschrift „Wahren und Folgerungen“ zunächst darauf hin, daß gegenüber den 20,5 v. H. der Eintragungen zum Volksbegehren die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen auf 30 v. H. angewachsen ist. Nach dem Ausgang des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl fehlten für ein Gelingen des Volksentscheides noch rund 135 000 Stimmen. Es habe sich nun deutlich gezeigt, daß zwischen Persönlichkeits- und Parlamentswahlen sowie der Abstimmung über eine Verfassungsvorlage ein großer Unterschied bestehe, noch dazu wenn die letztere einen so wenig zukünftigen Inhalt habe wie die Forderung nach Landtagsauflösung, für die allgemeines Interesse über die politisch aktiven Teile der Bevölkerung hinaus nicht aufzubringen sei. Ungünstig habe sich ferner ausgewirkt, daß der gestrige der dritte Wahltag innerhalb der kurzen Zeit von nur fünf Wochen gewesen sei. Außerdem sei ein Volksentscheid keine geeignete Waffe dafür, komplizierte Probleme erfolgreich zu lösen. Das habe sich bei allen bisherigen Versuchen im Reich und in den Ländern gezeigt. Von Oldenburg, das die Landtagsauflösung habe durchsetzen können, müsse hier abgesehen werden, da nach der dortigen Landesverfassung die einfache an die Stelle der absoluten Mehrheit der Ja-Stimmen trete, so daß die Wahlenthaltungen in diesem Lande sich nicht zu Gunsten der Gegner des Entschlusses auswirken könnten. Nicht unberücksichtigt bleiben dürfe aber auch das Fernbleiben der Kommunisten von einer Aktion, die sie selbst erst in die Wege geleitet hätten. Die kommunistischen Wähler lägen aber nicht an einem Erfolg der Abstimmung geglaubt zu haben und seien deshalb vermutlich entgegen den Beschlüssen ihrer Parteileitungen der Wahlurne ferngeblieben. Das Blatt schreibt unter anderem: „Wenn bei der Frage der Fürstenerhebung, die mit ihrer auf Reichsebene abgestellten Forderung große Massen der Linken herauslockte, nur 35 v. H. der Wahlberechtigten mobilisiert werden konnten, so nehmen sich daneben die gestrigen 36 v. H. für die nähere Forderung nach Landtagsauflösung recht stillisch an“ und schließt: „Politisch bedeutungsvoller ist der Umstand, daß es mit diesem Ergebnis für die nächste Zeit unmöglich gemacht wird, von Sachsen aus eine Kampfbewegung der Rechte zu beziehen, die stark genug wäre, um dem Ansturm im Reich entgegenzuwirken. Die Hoffnung, von der Landesseite her den großen Umschwung herbeizuführen, konzentriert sich jetzt auf die Preußenwahlen am nächsten Sonntag, die als reine Parlamentswahlen, ohne die technischen und psychologischen Erschwernungen des Volksentscheides, unter günstigeren Voraussetzungen und mit besseren Aussichten auszuführen werden.“ Unter der Überschrift: „Abgewehrter Angriff“ nimmt der Dresdner Anzeiger unter anderem die folgende Stellung: „Niemand konnte vor fünf Monaten wissen, daß der Volks-

## Das Ergebnis in Sachsen.

	Stimmberechtigte	Ja	Nein	Ungültig	Volksbegehrt
Wahlkreis Dresden-Bautzen	1 363 727	414 099	15 858	6 002	237 197
Wahlkreis Leipzig	967 929	290 406	11 735	4 875	127 603
Wahlkreis Chemnitz-Zwickau	1 332 391	613 537	25 849	9 893	368 758
	<b>3 664 047</b>	<b>1 318 042</b>	<b>53 442</b>	<b>20 770</b>	<b>733 558</b>

Bei den Wahlen der letzten Jahre hatten die drei Volksentscheidparteien bzw. ihre Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl folgende Stimmen erhalten:  
Landtagswahl am 22. Juni 1930: 856 411 (Nationalsoz. 376 769, Dnat. 124 261, Komm. 355 381).  
Reichstagswahl am 14. September 1930: 1 184 886 (Nationalsoz. 561 381, Dnat. 136 229, Komm. 487 276).

Reichspräsidentenwahl 1932, 1. Wahlgang am 13. März: 1 766 870 (Hitler 1 068 191, Duesterberg 167 710, Thälmann 528 969).  
Reichspräsidentenwahl 1932, 2. Wahlgang am 10. April: 1 698 408 (Hitler 1 288 627, Thälmann 409 781).

## Volksentscheid in Oldenburg erfolgreich.

Der Landtag wird aufgelöst.

Oldenburg, 17. April. Am heutigen Sonntag wurde im Freistaat Oldenburg der von den in der nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien in Gana geforderte Volksentscheid auf Auflösung des Oldenburger Landtages durchgeführt. Unterstützt wurde der Volksentscheid durch die Kommunisten. Nach dem Abstimmungsergebnis ist der Volksentscheid mit großer Mehrheit durchgegangen, so daß der Landtag aufgelöst wird. In Oldenburg ist zum positiven Ausgang eines Volksentscheides nur die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig.

entscheid zeitlich zwischen zwei Ereignissen von höchstem reichspolitischen, ja von weitpolitischem Range fallen werde, zwischen die Reichspräsidentenwahl und die preussischen Landtagswahlen. Von der Bedeutung, die diesen beiden Ereignissen im Lichte der Weltmeinung zukommt, ist ein Abwägen auf den sächsischen Volksentscheid gefallen, und er hat dadurch in den Augen vieler eine Geltung gewonnen, die ihm sonst nie zugekommen wäre. Der Schlag, den die Rechte in Sachsen führen wollte, ging formell gegen den Landtag, aber gemeint war die Regierung. Für die Kommunisten konnte es nur darum gehen, die Gelegenheit zur Aufpeilung der politischen Leidenschaften wahrzunehmen und für den Fall einer Neuwahl nach Mandatsgewinnen zu streben, die mindestens angesichts der Zahlen vom 13. März und vom 10. April wie auch angesichts der anscheinend unheilbaren Organisationskrise der sächsischen SPD. sehr zweifelhaft gewesen wäre.

Das sächsische Beamtenkabinet, dem ein Mißtrauensvotum des Landtages bekanntlich nicht gefährlich ist, hat sich dafür der Feuerprobe des Volksentscheides unterwerfen müssen, und es hat sie bestanden, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen in den letzten Tagen noch mit der Miterantwortung für das SA-Verbot belastet worden war, an dem die sächsische Regierung in Wirklichkeit keinen Anteil hat. Die Regierung ist in der Abwehr der gegen sie erhobenen Vorwürfe mit einer deutlichen Erklärung des Ministerpräsidenten aus ihrer Zurückhaltung hervorgetreten, und man möchte wünschen, daß sie künftig öfter mit der gleichen Entschiedenheit und Offenheit zur sächsischen Bevölkerung spreche. Sie wird auch in dem Ergebnis des Volksentscheides eine Behauptung ihres Auftrages erblicken, und sie wird sich diesem Auftrage nicht entziehen, sondern weiter arbeiten, mit dem Landtage oder, wenn er sich ihr verweigert, auch ohne ihn. Aber immer für das aarner Volk.

Das Ergebnis:

Landesteil	Ja	Nein	Ung.	Volksbegehrt
Oldenburg:	89 440	4126	811	65828
Hildes:	12 648	872	190	8297
Hilkenfeld:	13 282	798	78	6264
Insgesamt:	125 365	5796	1079	80384

Für das Volksbegehren sind eingetreten Nationalsozialisten, Deutschnationale Volkspartei, Landvolkpartei und Kommunisten. Sozialdemokraten, Staatspartei und Zentrum hatten Wahlenthaltung beschlossen. Die Neuwahl des Landtages wird vermutlich am 29. Mai stattfinden.

Im Landesteil Hildes stimmten mit Ja 12 648 von insgesamt 25 100 Stimmberechtigten, das sind allein (ohne die Nein-Stimmen!) mehr als 50 Prozent.

### Santestundgebung des Reichspräsidenten.

H Berlin. Der Herr Reichspräsident gibt folgendes bekannt:

Anlässlich meiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten sind mir aus allen Teilen der Bevölkerung sowie von Auslandsdeutschen so zahlreiche Glückwünsche zugegangen, daß ich unmöglich jedem einzelnen zu danken vermag. Ich bitte daher alle, die meiner in diesen Tagen durch Telegramme, Briefe oder sonstige Aufmerksamkeiten gedacht haben, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen und überzeugt zu sein, daß jedes Zeichen der Verehrung und Anhänglichkeit gerade in dieser schweren Zeit meinem Herzen aufrichtig wohlgetan hat.

Reichspräsident von Hindenburg.

### Hittler verlangt Rechtfertigung

Berlin, 18. April.

Der „Montag“ verbreitet die Nachricht, daß Adolf Hitler wegen der Behauptung, er habe vor der ausländischen Presse erklärt, die Auflösung der SA sei unter Frankreichs Druck erfolgt, durch Rechtsanwalt Lütgebrunn gegen sich selbst Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gestellt habe. Für die Dauer des Verfahrens habe Hitler Suspendierung von den Amtsgeschäften bei der Braunschweigischen Regierung beantragt. Hitler soll gleichzeitig gegen den Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, Theodor Wolf, und gegen den Schriftleiter Dr. Bretholz Strafantrag gestellt haben, da er niemals die obenerwähnte und vom „Berliner Tageblatt“ wiedergegebene Erklärung abgegeben habe.